

eines jeden solchen Kabels nur auf 12 Millionen Mark geschätzt, so ist damit ein Kapital von 120 Millionen — die Höhe unseres Reichskriegsschatzes — unwiederbringlich in die Meerestiefe versenkt.

— W. W.

**Telephon Budapest—Berlin.** Die Budapester Geschäftswelt hat sich schon lange eine direkte Telephonverbindung zwischen Budapest und Berlin gewünscht, denn es wurde sehr unangenehm verspürt, daß der Wiener Platz über die Vorgänge in Berlin bedeutend früher unterrichtet ist als Budapest, und auch die Börse sieht sich durch diesen Umstand schwer geschädigt. Bei der früheren telegraphischen Verbindung war dieser Uebelstand kein bemerkenswerter, weil die Depeschen aus Berlin eine andere, kürzere Route nahmen als über Wien und die Beförderung der Telegramme aus Berlin ebenso rasch vor sich ging als dorthin. Der Mangel einer direkten telephonischen Verbindung trägt nicht wenig zur Umgehung des Budapester Platzes bei, und um diesem Mißstande abzuhelfen, haben die Budapester Banken im Vereine mit den hervorragendsten Geschäftshäusern und der Börse beschlossen, den ungarischen Handelsminister um die Einleitung der Verhandlungen mit den interessierten Staaten wegen Errichtung einer direkten Telephonlinie anzugehen.

Nach langen Unterhandlungen kam eine Uebereinkunft zwischen Ungarn und der deutschen Reichspostdirektion zustande und auch Oesterreich schloß sich dieser an. Es wurde beschlossen, daß sowohl Ungarn, wie auch Deutschland die Linie auf eigenem Gebiete auf eigene Kosten bauen und für die Instandhaltung der Leitung Sorge tragen. Die zwischen Ungarn und Deutschland auf österreichischem Gebiete gelegene Verbindungslinie wird das österreichische Postärar auf Kosten der ungarischen Regierung erbauen und für eine Jahrespauschale die Instandhaltung überwachen.

Von der zu erbauenden Linie entfallen 480 Kilometer auf ungarisches Gebiet, 440 Kilometer auf deutsches Gebiet; die auf Oesterreich entfallende Verbindungslinie ist 80 Kilometer lang. Die ganze Länge der Linie beträgt also rund 1000 Kilometer und so dürfte dies eine der längsten aller bisher hergestellten Telephonlinien in Europa werden. Technische Schwierigkeiten sind nicht zu befürchten, dies haben die umfassenden Versuche des Elektrikers der belgischen Telegraphenverwaltung van Rysselberghe schon längst bewiesen. Die Leitungslänge bei seinen gelungenen Versuchen betrug über 1600 km. Diese Länge hat die telephonische Verbindung New-York—Chicago, an welche noch eine weitere Reihe zwischenliegender Städte angeschlossen sind, so daß diese Anlage eine der größten Ueberlandverbindungen darstellt.

Der Bau der Linie Budapest—Berlin wurde der Uebereinkunft gemäß behufs möglichst schneller Fertigstellung im April d. J. gleichzeitig an dreizehn Punkten begonnen, so daß die ganze neue Linie bereits im September der öffentlichen Benutzung übergeben werden können. Die Linie wird von Budapest aus über die neuerbaute Neupest-Altöfener Brücke längs der Budapest Graner Bahn, dann wieder über die Graner Marie Valerie-Brücke gezogen und auf der Strecke der königlich ungarischen Staatsbahnen über Tótmegyer, Galantha, Galgócz-Lipótvár und Trenesin bis Sillein weitergeführt. Von hier wird sie längs der Kaschau-Oderberger Bahnlinie bis an die österreichische Grenze geführt.

Die Eröffnung wird nebst anderen großen Feierlichkeiten, durch ein Gespräch des Königs von Ungarn mit Sr. Majestät dem deutschen Kaiser erfolgen.

Die Baukosten sind auf eine Viertelmillion Gulden präliminiert und bewilligt worden. Laut der Berechnung des ungarischen Postärars werden die Einkünfte der neuen Linie nicht bloß die Erhaltungskosten decken, sondern es wird sich das investierte Kapital in entsprechender Weise verzinsen. Die neue Linie wird für den internationalen Handel und Verkehr von bedeutendem Nutzen sein, und auch die internationale Bedeutung der ungarischen Hauptstadt erheblich heben.

R. V.

**Telephonisches.** In Heidenheim a. d. Brenz wird eine Telephonanstalt errichtet und mit dem 15. d. Mts. in Betrieb genommen worden. Ihre Verbindung mit dem Telephonnetz erhält sie in Ulm und Aalen durch die bis Aalen verlängerte Verbindungsanlage Ulm—Giengen a. d. Brenz. Für die Beteiligung sind die gewöhnlichen Bedingungen maßgebend. Die Sprechgebühr im Verkehr zwischen Heidenheim und Giengen beträgt 25 Pfg., im sonstigen innerwürttembergischen Verkehr 50 Pfg. für jede Verbindung bis zu 5 Minuten. Der Verkehr mit dem Reichstelegraphengebiet und mit Bayern erfolgt unter den aus dem Telephonteilnehmerverzeichnis für Württemberg ersichtlichen Bedingungen. —W. W.

**Fernsprechanlage in Rochlitz.** Nachdem die Postverwaltung sich für die Errichtung einer Telephonanlage geneigt gezeigt, auch sich die erforderliche Anzahl von Teilnehmer gefunden hat und die Gewährssumme für den Fernsprechverkehr gezeichnet ist, wird mit der Errichtung der Anlage noch diesen Monat begonnen werden.

R. V.

### Verstaatlichung der Budapester Telephonanlagen.

Der ungarische Handelsminister Baron Ernst Daniél legte dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf über die „Aufhebung der Verpachtung des Budapester Fernsprechnetzes“ vor. Derselbe ermächtigt den Handelsminister die Verpachtung mit einer rückwirkend schon vom 1. März 1897 datierten Rechtskraft aufzuheben und als Gegenwert für den Verzicht der ferneren Pachteinkünfte der „Aktien-

gesellschaft zur Pachtung des Budapester kön. ung. Fernsprechnetzes“ oder deren Rechtsnachfolger für die bis zum 31. August 1917 reichende, noch rückständige Dauer des Vertrages in halbjährlich antizipando zu zahlenden Raten eine jährliche Rente von 368 000 Gulden zu bezahlen, wobei dessenungeachtet dem Staate das Recht vorbehalten wird, die der Jahresrente entsprechende rückständige Kapitalsumme wann immer auf einmal auszuzahlen. Die von den Aboanenten zu bezahlenden Benützungsgebühren, welche derzeit für Privatparteien mit monatlichen 12,5 Gulden für Behörden, sowie für öffentliche und Wohlthätigkeitsinstitute mit monatlichen 6,25 Gulden festgestellt sind, bleiben bis zum 31. August 1917 unverändert, beziehungsweise können nur durch die Gesetzgebung ermäßigt werden.

Angesichts der wichtigen Rolle, welche das Telephon im modernen Verkehrsleben spielt, stellt sich diese Festsetzung der ohnedies viel zu hoch bemessenen Gebühren auf so lange Zeit hinaus, als ein gegen die allgemeine Verbreitung dieses Verständigungsmittels gerichtetes Hindernis und damit auch als eine ernste öffentliche Kalamität dar. Begründete Vorstellungen mit Hinweis darauf, daß in keiner der großen Städte Europas die Telephon-Abonnementsgebühren so hoch gestellt sind, wie in Budapest, waren bisher leider fruchtlos. Von der sonst allen Fortschritten zugänglichen ungarischen Regierung hätte man mehr Gehör erhofft.

Aus dem mitvorgelegten Motivenbericht ist hervorzuheben, daß der Minister bei der Verstaatlichung insbesondere darauf Rücksicht nahm, daß das Budapester Telephonnetz nicht nur lokalen Interessen dient, sondern auch das Zentrum des Landes- und Internationalen Telephonnetzes bildet und daher nicht bloß aus volkswirtschaftlichen und Verkehrsrücksichten, sondern auch vom politischen Gesichtspunkte sich in den Händen des Staates befinden muß. Der Minister beschleunigte daher die Aufhebung des Pachtverhältnisses umso mehr, als die Einnahmen und Betriebsüberschüsse des Unternehmens seit 1893 rapid stiegen und man damit rechnen mußte, daß die Ablösung mit desto größeren Lasten verbunden sein wird, je länger sie hinausgeschoben wird. Die Bruttoeinnahmen betragen nämlich

im Jahre 1891	230 899,18	Gulden
„ „ 1892	289 353,87	„
„ „ 1893	347 708,31	„
„ „ 1894	418 383,72	„ und
„ „ 1895	505 559,71	„

Das Reinertragnis samt der Steuer betrug:

im Jahre 1891	81 763,95	Gulden
„ „ 1892	127 553,57	„
„ „ 1883	162 619,28	„
„ „ 1894	210 482,05	„
„ „ 1895	262 819,46	„

Im Jahre 1896 gestaltete sich das Ertragnis folgendermaßen: Einkünfte nach 3939 Aboanenten 568 572 fl., hiervon abgerechnet die Betriebsausgaben im Betrage von 167 144 fl., bleiben 401 428 fl. Deshalb wurde die der bisherigen Pachtunternehmung zu zahlende Jahresrente mit 368 000 fl. festgesetzt. Die Zahl der Aboanenten hat zugenommen im Jahre 1888 um 174, 1889 um 98, 1890 um 93, 1891 um 115, 1892 um 144, 1893 um 590, 1894 um 598, 1895 um 807, 1896 um 441; die Durchschnittszunahme beträgt also 6,30. Es steht zu erwarten, daß die Zahl der Aboanenten in 5 Jahren mindestens 6000 betragen wird. Die Betriebseinnahmen betragen im letzten Jahre 30 Prozent der Einnahmen. Bei der staatlichen Verwaltung werden diese Ausgaben in Folge der besseren Bedienung des Publikums und der Erhöhung der Bezüge des Personals zunehmen, doch dürften sie 40 Prozent nicht übersteigen. Sonach sind nach 6000 Aboanenten zu erwarten an Einnahmen 900 000 fl., an Betriebsausgaben 360 000 fl., so daß der Betriebsüberschuß sich auf 540 000 fl. belaufen dürfte. Davon sind in Abzug zu bringen die Annuität des Anlehens 45 500 fl., sowie die dem Pachtunternehmer zu zahlende Rente 368 000 fl., so daß ein Reinertragnis von 126 500 fl. zu erwarten ist, was auf 5 Jahre verteilt eine jährliche Zunahme des Einkommens um 25 000 fl. bedeutet. In Betreff der Investitionen wird die Disparität in den Technischen Einrichtungen zwischen dem Budapester und dem interurbanen Netz aufzuheben sein. Die Leitungen werden auf Doppeldrähte umgestaltet. Außer dem neuen Einschaltungsamt in der Mohrengasse, welches für 3000 Aboanenten berechnet ist, aber für noch weitere 3000 eingerichtet werden kann, soll noch ein Einschaltungsamt am linken Donauufer errichtet werden. Die Arbeiten dürften 3—4 Jahre dauern und etwa 2,5 Millionen Gulden kosten; doch dürften die Zinsen und die Amortisation ihre Deckung in den Uebereinnahmen finden.

Am Schlusse motiviert der Minister die Beibehaltung der bisherigen Benützungsgebühren bis zum Ablauf des Vertrages damit, daß es nicht gerechtfertigt erscheine, gleichzeitig mit der besseren Bedienung, welche größere Ausgaben erheischt, dem Publikum auch noch eine Ermäßigung der Gebühren zu bieten. Daß diese Gebühren nicht zu hoch seien, zeige die bedeutende Zunahme der Aboanenten von Jahr zu Jahr. Insoweit die planmäßige Umgestaltung des Netzes nicht durchgeführt ist, sei eine rapidere Zunahme von Aboanenten gar nicht wünschenswert.

R. V.

**Gummibaum-Plantagen.** Der Verbrauch an Hartgummi hat infolge des rapiden Aufschwunges der Fahrrad-Industrie eine Erhöhung erfahren, die ein Aussterben des Gummibaumes befürchten läßt, da unter den Beständen der tropischen Gummibaumwälder viel schneller aufgeräumt wird, als der Nachwuchs ersetzen kann. Da